

Raingard Knauer | Frauke Hildebrandt | Bianca Pergande | Xenia Roth

Von Anfang an dabei!

Partizipation und Demokratiebildung in der KiTa



FREIBURG · BASEL · WIEN

Inhalt

I EINLEITUNG UND GRUNDLAGEN

Einleitung

Karsten Herrmann 7

Demokratische Partizipation unter inklusiver Perspektive in Kindertageseinrichtungen

Raingard Knauer 16

Beteiligung von Kindern im KiTa-Alltag

Bianka Pergande & Frauke Hildebrandt 31

Kulturbewusste Demokratiebildung

Bettina Lamm 46

II PERSPEKTIVEN DER DEMOKRATIEBILDUNG UND PARTIZIPATION IN KITAS

Du bist mir wichtig – so wie Du bist

Michaela Kruse & Meike Sauerhering 57

Beteiligungsprojekte gestalten – Demokratiebildung fördern

Rüdiger Hansen & Raingard Knauer 62

Beschwerden erleichtern

Anne Backhaus & Berit Wolter 73

Demokratiebildung in KiTas leben

Kassandra Klumpe, Anna Dintsioudi, Meike Sauerhering & Fiona Martzy . . . 88

Partizipation von Anfang an!

Marjan Alemzadeh 109

Beteiligung von Eltern im KiTa-Alltag

Xenia Roth 121

III DEMOKRATIEBILDUNG IN WEITERBILDUNG UND FACHSCHULEN

Partizipation und Demokratiebildung in der Weiterbildung

Martina de Vries 137

Kinderrechtebasierte Demokratiebildung in der fachschulischen Aus- und Weiterbildung verankern

Peter Keßel, Cassandra Klumpe & Meike Sauerhering 145

VERZEICHNIS DER AUTORINNEN UND AUTOREN



I Einleitung und Grundlagen

Einleitung

Karsten Herrmann

Unsere lange Zeit für selbstverständlich gehaltene Demokratie ist in den letzten Jahren international und auch in Deutschland unter Druck geraten. Rechtspopulisten und -extremisten sind auf dem Vormarsch und es wird immer klarer, dass Demokratie von allen vier Gewalten im Staat (also der Exekutive, der Legislative, der Judikative und den Medien), den Institutionen und jedem einzelnen Menschen aktiv gepflegt und verteidigt werden muss. So konstatierte Bernd Ulrich (2024) in der ZEIT zu Anfang des Jahres 2024 in einem Leitartikel: »Spätestens in diesem Jahr steht die Frage im Raum, ob der Ernstfall der Demokratie nicht längst da ist.«

Jüngsten Umfragen zufolge sehen knapp vier von fünf Befragten die Demokratie in Deutschland gefährdet. 78,9 Prozent stimmen laut einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM)¹ der Aussage zu, die Demokratie werde heute stärker angegriffen als noch vor fünf Jahren. Der Umfrage nach wünscht sich eine große Mehrheit, dass den Angriffen stärker entgegengewirkt wird. 84,9 Prozent der Befragten sehen es als Aufgabe der Bundesregierung, sich noch stärker für eine lebendige und starke Demokratie einzusetzen.

Als Mikrokosmos der Gesellschaft bietet die KiTa in all ihrer Vielfalt die Chance, Partizipation und Demokratie von Anfang an zu leben und zu erleben. Sie kann eine »Schule der Demokratie« sein, in der sich die Kinder zu sozial verantwortlichen, weltoffenen und toleranten Bürger*innen entwickeln können. Dies gilt umso mehr in Zeiten der institutionalisierten Kindheit, in denen die Kinder immer früher und immer länger in KiTas gehen und diese neben den Eltern eine zunehmende Bedeutung als Sozialisationsinstanz einnehmen. Hier kann demokratisches Denken und Handeln von Anfang an gelebt und erlebt werden.

1 https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/DeZIM/Grafiken/Publikationen/DeZIM-Briefing-Note-Demokratie-05-2023/Kleist-Weiberg-Sch%C3%B6ll-Mehr-Demokratie-f%C3%B6rdern_DeZIM-Briefing-Note.pdf

Doch was bedeutet Demokratie eigentlich?

Als grundlegende Prinzipien unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung gelten u. a. die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle politischen Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Ausübung einer Opposition (Thurich 2011).

Unter verschiedenen Perspektiven kann Demokratie einerseits als »Herrschaftsform« (mit Blick insbesondere auf den Staat und seine Funktionen / Aufgaben), aber auch als Gesellschaftsform« (im Sinne einer demokratischen, offenen Zivilgesellschaft) und als »Lebensform« (mit Blick auf das alltägliche Leben bzw. die Kultur des sozialen Lebens) verstanden werden.

Der Reformpädagoge John Dewey hat sich intensiv mit der Frage der demokratischen Gesellschaft und der demokratischen Erziehung auseinandergesetzt. Eine demokratische Gesellschaft sah er dabei als eine offene und dynamische Gesellschaft, »die nicht nur im Wandel begriffen ist, sondern diesen Wandel – zum Besseren – als ihren Lebenszweck betrachtet« (Dewey 2011, S. 113).

Vorangetrieben wird dieser Wandel dabei durch eine beständige Erweiterung der (sozialen) Beziehungen und Wechselprozesse auf der Grundlage gemeinsamer Ziele und Interessen. In diesem Sinne schrieb er in seinem erstmals 1916 erschienenen Hauptwerk »Demokratie und Erziehung«: »Die Demokratie ist mehr als eine Regierungsform; sie ist in erster Linie eine Form des Zusammenlebens, der gemeinsamen und miteinander geteilten Erfahrung« (ebd., S. 121).

Entsprechend propagierte er auch eine demokratische Erziehung, in der die »erforderlichen Glaubensüberzeugungen« nicht »eingetrichtert, die notwendigen geistigen Einstellungen nicht angeklebt werden« (ebd., S. 27). Vielmehr müsse zunächst eine soziale Umgebung geschaffen werden, die zu entsprechenden »sicht- und greifbaren Formen des Handelns« anregen könne. »Der abschließende Schritt besteht darin, dass der einzelne zu einem Teilhaber, zu einem Partner in der gemeinsamen Handlung gemacht wird« (ebd., S. 31).

Als demokratische Essentials und als Grundlage gemeinsamer und geteilter Verantwortung in einer demokratischen Gesellschaft können die in der UN-Menschenrechtskonvention (Vereinte Nationen 1948) und dem deutschen Grundgesetz (GG) formulierten Paragraphen gelten – von der unantastbaren Würde des Menschen über das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit und freie Meinungsäußerung bis zur Gleichberechtigung und dem Verbot der Diskriminierung aufgrund »seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder

politischen Anschauungen« (GG § 3.3). Das Recht des Einen stößt allerdings jeweils dort an Grenzen, wo es das Recht eines Anderen berührt bzw. einschränkt oder verletzt.

Im Gegensatz zu anderen (autoritären, totalitären) Staatsformen gilt die Demokratie als eine Herrschaftsform, die sowohl in Bezug auf das Individuum als auch in Bezug auf das Kollektiv immer wieder neu erlernt, erlebt und auch erkämpft werden muss. Dies bedeutet, dass die Toleranz gegenüber anderen Meinungen in einer Demokratie zwar sehr weit geht, aber nicht uneingeschränkt gelten kann. In diesem Sinne muss eine Demokratie auch wehrhaft sein, und wir stoßen hier auf das von dem Philosophen Karl Popper ausgeführte »Paradox der Toleranz«: »Uneingeschränkte Toleranz führt mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Denn wenn wir die unbeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden und die Toleranz mit ihnen« (Popper 1975, S. 359). Popper schrieb diese Zeilen noch unter dem Eindruck des Nationalsozialismus, sie gelten aber zu allen Zeiten, in denen die Demokratie sich verstärkten Angriffen von Extremist*innen ausgesetzt sieht.

Rechte des Kindes auf Beteiligung

Die Demokratie als »Herrschaft des Volkes« schließt heute auch die Beteiligungsrechte von Kindern als Menschen und als eigenständige Subjekte ein. Als Grundrechtsträger*innen haben sie wie Erwachsene auch ein Recht auf Selbstverwirklichung und Selbstbestimmung, auf Beteiligung und Mitbestimmung.

Mit der UN-Kinderrechtskonvention (UN-KRK) (Vereinte Nationen 1989), die bis auf die USA alle Länder der Welt ratifiziert haben, sollen politische Entscheidungen nicht nur unter dem Vorrang des Kindeswohls getroffen werden – was oft, wie z.B. aktuell im Hinblick auf den Klimawandel mehr als fraglich ist –, sondern Kindern wird auch ausdrücklich ein Recht darauf gegeben, direkt gehört und beteiligt zu werden: »Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich seine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife« (Vereinte Nationen 1989, Art. 12.1).

Um die UN-KRK auch in Deutschland konsequenter umzusetzen, wird seit Jahren die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz diskutiert. Insbesondere

soll es hier um »das Recht auf Achtung, Schutz und Förderung seiner Grundrechte« und auch um die komplexe Klärung des Verhältnisses zwischen Eltern, Kindern und Staat gehen. Außerdem sollen Kinder bei staatlichen Entscheidungen, die ihre Rechte unmittelbar betreffen, »einen Anspruch auf rechtliches Gehör« haben (Tagesschau, 26.11.2019). Damit wären Kinderrechte zukünftig auch viel leichter einklagbar, als es zurzeit der Fall ist.

Das Beteiligungsrecht der Kinder in Bildungs- bzw. Jugendhilfeeinrichtungen ist auf Bundesebene im SGB VIII, § 8 Absatz 1, verankert: »Kinder und Jugendliche sind entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen.«

Auf Länderebene wird mit dem Beschluss der Jugendminister- und der Kultusministerkonferenz (2004) über einen »Gemeinsamen Rahmen für frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen« die »entwicklungsgemäße Beteiligung der Kinder an den ihr Leben in der Einrichtung betreffenden Entscheidungen« gefordert. Die Beteiligung und Partizipation ist darüber hinaus auch in einigen Kindertagesbetreuungsgesetzen (KiTaG) verankert und taucht als Leitprinzip oder Querschnittsaufgabe in den meisten Bildungs- und Orientierungsplänen der Länder auf. So heißt es zum Beispiel in Niedersachsen: »Durch altersangemessene Beteiligung der Kinder an Entscheidungen können demokratische Verfahrensweisen im Alltag gelebt und die zunehmende Selbstständigkeit und Verantwortungsbereitschaft der Kinder gefördert werden. Vereinbarungen treffen, Regeln verabreden, die eigene Meinung vertreten, Vorschläge machen – all dies kann in der Tageseinrichtung für Kinder praktiziert werden« (Niedersächsisches Kultusministerium 2005, S. 10).

Partizipation und Demokratiebildung stellen aber keine weitere zusätzliche Anforderung an die pädagogischen Fachkräfte dar, sondern sind die zentrale Basis für frühpädagogisches Handeln: »Partizipation erfolgt nicht durch zusätzliche Angebote, sondern kann im Alltag als integriertes Strukturmerkmal realisiert werden. Dafür ist das demokratieunterstützende Handeln der pädagogischen Fachkräfte der maßgebliche Schlüssel. Demokratiebildung ist aktive Herstellung von Chancen zur Partizipation« (Bartosch et al. 2014, S. 14).

Partizipation kann grundsätzlich als ein leistungsstarker Motor der kindlichen Entwicklung angesehen werden. Gerd Schäfer sieht daher neben verlässlichen Beziehungen die Beteiligung der Kinder auch als ein Fundament der gesamten Frühpädagogik. Es geht ihm dabei um den Entwurf eines grundlegend demokratischen Ansatzes im pädagogischen Verständnis, »um eine Demokratie der zwischenmenschlichen Beziehungen von Anfang an, eine Demokratie auf der

Basis einer wechselseitigen Verständigung von Geburt an« (Schäfer 2019, S. 12). In Abgrenzung zu einer Pädagogik der Förderung und der Kompetenzvermittlung versucht Schäfer, den Bildungsprozess »konsequent aus der Perspektive der Beteiligung [zu beschreiben]: Bildung wird in erster Linie verstanden als ein Sich-Bilden durch Beteiligung« (ebd., S. 18).

Bild des Kindes und Bildungsziele

Das jeweils vorherrschende Bild vom Kind ist entscheidend dafür, welche (Selbst- und Mitbestimmungs-)Rechte dem Kind in einer Gesellschaft bzw. in ihren pädagogischen Einrichtungen eingeräumt werden. Das wissenschaftlich aktuelle Bild des kompetenten Kindes unterstützt die Subjektstellung des Kindes und die damit verbundenen Rechte: »Pädagogische, entwicklungspsychologische und neurobiologische Forschungsergebnisse haben gezeigt, dass das Kind von Anfang an Mitgestalter seiner Entwicklungs- und Bildungsprozesse ist« (BMFSFJ 2005, S. 104).

Das Kind wird heute als ein von Anfang an selbsttätiges, kompetentes und dialogorientiertes Subjekt verstanden, das in wechselseitiger Interaktion (Ko-Konstruktion) mit seiner Umwelt die eigene Entwicklung und das eigene Lernen vorantreibt und mitgestaltet. Aus eigener Initiative erkundet das Kind voller Neugierde die Welt, erfährt sein Selbst und entwickelt durch Spiel und Fantasie eigene Thesen, Theorien und Kompetenzen. Bildung wird heute »weder als ein individueller Prozess des Kindes noch als ein sozialer Konstruktionsprozess, sondern als ein Interaktionsprozess zwischen Kind, sozialen Beziehungen und kulturellen Bedingungen verstanden« (Schäfer 2019, S. 18).

Da Wissen, Erfahrungen oder Kompetenzen nicht direkt von den Erwachsenen auf die Kinder übertragen werden können, steht in der frühkindlichen Bildung – auf der Basis von verlässlichen Beziehungen und einer anregungsreichen Umgebung – das selbsttätige und interaktive Handeln der Kinder im Zentrum.

Das kindliche Interesse und das kindliche Tun bilden den zentralen Ausgangspunkt in der heutigen Frühpädagogik. Eltern und Erzieher*innen nehmen dabei eine begleitende, ermöglichende oder impulsgebende Rolle ein, und Erziehung als normative Orientierung durch Erwachsene findet eher mittelbar statt.

Im Hinblick auf die Bildungsziele in Bildungseinrichtungen unterstreicht die UN-Kinderrechtskonvention (1989) einerseits das Recht des Kindes auf eine umfassende Entfaltung seiner Persönlichkeit, seiner Begabungen sowie seiner geistigen und körperlichen Fähigkeiten (Vereinte Nationen 1989, Art. 29a). Andererseits wird aber auch die »Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten«

angeführt und als Aufgabe spezifiziert: »das Kind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz; der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie zu Ureinwohnern vorzubereiten« (ebd., Art. 29d).

In diesem Sinne hat Bildung »immer zwei Funktionen im Blick: auf der einen Seite die Selbstkonstitution des Subjekts, auf der anderen Seite die Konstitution der Gesellschaft« (BMFSFJ 2005, S. 83). Wie im 12. Kinder- und Jugendbericht an späterer Stelle ausgeführt wird, umfasst das Bildungsziel mit Blick auf die Gesellschaft »auch die Fähigkeit zu politischer Mündigkeit, sozialer Verantwortung und demokratischer Teilhabe« (ebd., S. 84).

Auf dem Weg zu einem demokratischen und partizipativen KiTa-Alltag

Partizipation gilt heute als ein entscheidendes Qualitätskriterium für die pädagogische Arbeit in der KiTa und ist zugleich der Schlüssel zur Demokratiebildung. Die konkrete alltägliche Erfahrung von Beteiligung und geteilter Verantwortung ist unerlässlich, um Demokratie als soziale Idee, als Form des Zusammenlebens zu verinnerlichen. Demokratische Prinzipien können in der KiTa nicht abstrakt vermittelt werden, sondern müssen als Regel erlebt werden.

Daher gilt es, im KiTa-Alltag verlässliche und transparente Strukturen für die Beteiligung von Kindern (und auch Eltern!) in der KiTa sowie eine entsprechende Haltung der pädagogischen Fachkräfte zu entwickeln und zu etablieren. Da Kinder ihre Rechte zumeist noch nicht kennen bzw. formulieren oder einfordern können, liegt die Verantwortung für die Initiierung von partizipatorischen Prozessen und Strukturen bei den pädagogischen Fachkräften. »Partizipation muss von den Erwachsenen gewollt sein und beginnt in ihren Köpfen«, unterstreichen Hansen, Knauer und Sturzenhecker (Hansen et al. 2009, S. 46).

Grundsätzlich kann Beteiligung in der KiTa auf einem breiten Spektrum stattfinden – von einer »Alibi«-Beteiligung ohne wirkliche Handlungs- oder Entscheidungsspielräume bis hin zu einer völligen Selbstbestimmung und -verwaltung von Kindern/Eltern. Die von Schröder (1995) benannten Kriterien »guter« Partizipation (Freiwilligkeit der Teilnahme der Kinder, Begleitung durch Erwachsene, Gemeinsamkeit der Zielformulierung und Transparenz des Ziels sowie Transparenz und hohe Verbindlichkeit der Prozesse) können als Orientierung und Reflexionsrahmen der Gestaltung von Partizipationsgelegenheiten dienen.

Neben der (stetig zu reflektierenden) Haltung spielen für die Qualität der Partizipation und Demokratiebildung in der KiTa das Wissen, die methodischen Kompetenzen der Fachkraft, die Teamentwicklung sowie deren strukturelle und verbindliche Verankerung eine zentrale Rolle (BMFSFJ 2015). Jedes Team kann dabei selbst entscheiden, wie weit die Partizipation und Mitbestimmung der Kinder (und Eltern) geht, aber »was vereinbart ist, muss gelten! [...] und jede Stimme zählt. Die Kinder werden die Sinnhaftigkeit von Demokratie vor allem an der Gültigkeit und Wirksamkeit ihrer Mitwirkung ermesen« (Bartosch & Knauer 2016, S. 158).

Neben einem (verpflichtenden) Beschwerdemanagement kann in der KiTa ein breites Portfolio von Beteiligungsinstrumenten etabliert werden – von Abstimmungen mit Muggelsteinen oder Bildkarten zum Mittagessen über Beteiligungsprojekte zum Beispiel zur Umgestaltung des Außengeländes bis hin zu Kinderkonferenzen und einem Kinderparlament. Wichtig ist aber auch insbesondere, dass Beteiligung im alltäglichen Miteinander und in den zentralen Schlüsselsituationen gelebt und erlebt wird: beim Mittagessen, in der Garderobe, beim Schlafen oder auch Wickeln.

Alle Kinder beteiligen

Partizipation und Inklusion scheinen zunächst einmal als zwei Seiten derselben Medaille und ohne Zweifel ist Partizipation die Grundlage für Inklusion – doch bei genauerem Hinschauen zeigt sich, wie herausfordernd es im Alltag tatsächlich sein kann, alle Kinder unabhängig von ihren individuellen, kulturellen oder sozio-ökonomischen Voraussetzungen zu beteiligen. Es liegt auf der Hand, dass Kinder, die noch nicht sprechen können, auf ganz andere Weise beobachtet und beteiligt werden müssen als Kinder, die ihre Meinung schon verbal ausdrücken können. Hier kommt es darauf an, die nonverbalen Signale auf den verschiedenen Körperebenen feinfühlig wahrzunehmen und Beteiligungsverfahren zum Beispiel zu visualisieren. Komplizierter wird es schon bei den kulturellen oder sozio-ökonomischen Voraussetzungen – denn viele Kinder aus anderen Kulturen und aus prekären wirtschaftlichen Verhältnissen sind es nicht unbedingt gewohnt, ihren Meinungen und Wünschen Ausdruck zu geben. Sie brauchen immer wieder eine besondere Ansprache und Ermutigung, damit sich die demokratische Beteiligung nicht auf die Kinder beschränkt, die es von zu Hause aus gewöhnt sind, mitzudiskutieren und mitzubestimmen. Und dies gilt letztlich ebenso für die von einer großen kulturellen und sozio-ökonomischen Bandbreite geprägte Elternschaft einer KiTa.

Partizipatives Gesamtsystem als Ziel

Demokratie und Beteiligung sollten sich aber selbstverständlich nicht nur auf die KiTa beschränken, sondern auch in den anderen Ebenen des Systems der frühkindlichen Bildung gelebte und erlebte Praxis sein. Fachschüler*innen sollten so beispielsweise nicht nur etwas über Partizipation und Demokratiebildung in der KiTa lernen, sondern diese auch in der Schule selbst tagtäglich erleben können. Erzieher*innen und KiTa-Leitungen sollten wiederum auch vom Träger in inhaltliche und strukturelle Entscheidungsprozesse einbezogen und in ihrer Expertise ernst genommen werden. Und Träger wiederum sollten sich in der frühkindlichen Bildungspolitik gesehen und beteiligt wissen. Mit John Dewey sollte also das Gesamtsystem der frühkindlichen Bildung von der Aus- und Weiterbildung über die Kitas und ihre Träger bis hin zur Politik von der Demokratie als Lebensform geprägt sein – nur dann können alle Beteiligten auch zu ebenso authentischen wie überzeugenden Botschafter*innen derselben werden.

Literatur

- Bartosch, U. & Knauer, R. (2016): Erzieherinnen und Erzieher als Begleiter/innen zur Demokratie. In: KiTa aktuell spezial, 4, S. 158–160.
- Bartosch, U.; Knauer, R.; Bartosch, C.; Bleckmann, J.; Griep, E.; Maluga, A. & Nissen, I. (2014): Schlüsselkompetenzen pädagogischer Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen für Bildung in der Demokratie. https://www.partizipation-und-bildung.de/wp-content/uploads/2013/08/partizipation_in_der_kita_web.pdf.
- BMFSFJ (2015): Qualitätsstandards für Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Allgemeine Qualitätsstandards und Empfehlungen für die Praxisfelder Kindertageseinrichtungen, Schule, Kommune, Kinder- und Jugendarbeit und Erzieherische Hilfen. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. <https://www.bmfsfj.de/blob/94118/c49d4097174e67464b56a5365bc8602f/kindergerechtes-deutschland-broschuere-qualitaetsstandards-data.pdf>.
- BMFSFJ (2005): Zwölfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend <https://www.bmfsfj.de/blob/112224/7376e6055bbcaf822ec30fc6ff72b287/12-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>.
- Dewey, J. (2011): Demokratie und Erziehung. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik (neu herausgegeben von J. Oelkers). Weinheim und Basel: Beltz.
- Hansen, R.; Knauer, R. & Sturzenhecker, B. (2009): Die Kinderstube der Demokratie. In: TPS – Theorie und Praxis der Sozialpädagogik, 2, S. 46–50. https://www.partizipation-und-bildung.de/pdf/Hansen_Knauer_Sturzenhecker_Kinderstube%20oder%20Demokratie.pdf.

- Jugendministerkonferenz / Kultusministerkonferenz (2004): Gemeinsamer Rahmen der Länder für die frühe Bildung in Kindertageseinrichtungen (Beschluss der Jugendministerkonferenz vom 13./14.05.2004 und Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 03./04.06.2004). https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2004/2004_06_03-Fruehe-Bildung-Kindertageseinrichtungen.pdf.
- Popper, K. (1975): Die offene Gesellschaft und ihre Feinde. Teil 1: der Zauber Platons. Bern und München: Francke.
- Schäfer, G. (2019): Bildung durch Beteiligung. Zur Praxis und Theorie frühkindlicher Bildung. Weinheim: Beltz.
- Schröder, R. (1995): Kinder reden mit! Weinheim: Beltz.
- Thurich, E. (2011): pocket politik. Demokratie in Deutschland. Überarbeitete Neuauflage. (Freiheitlich demokratische Grundordnung). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/shop/buecher/pocket/34360/politik-demokratie-in-deutschland/>
- Ulrich, B. (2024): Noch ist nichts verloren. ZEIT 1-2024.
- Vereinte Nationen (1989): Übereinkommen über die Rechte des Kindes. <https://www.kinderrechtskonvention.info>.
- Vereinte Nationen (1948): Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. <https://www.un.org/depts/german/menschenrechte/aemr.pdf>.

